

Vorlage Nr.: 2025/0389

Eingang: 25.04.2025

Kein Werben fürs Sterben!

Antrag: Die Linke

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	27.05.2025	28	Ö	Kenntnisnahme
Haupt- und Finanzausschuss	15.07.2025	2	Ö	Behandlung
Gemeinderat	30.09.2025	22	Ö	Entscheidung

Der Gemeinderat möge beschließen:

In den Liegenschaften der Stadtverwaltung, öffentlichen Einrichtungen kommunaler Unternehmen sowie an und in Fahrzeugen und auf sonstigen städtischen Präsentationsflächen wird auf Werbung für die Bundeswehr, Kriegsdienst und Rüstungsprodukte verzichtet. Dies gilt auch für Veranstaltungen, die durch die Stadt Karlsruhe und ihrer Unternehmen ausgestaltet werden.

Begründung:

Nicht erst seit Russlands Angriff auf die Ukraine nimmt in Deutschland und Europa die Militarisierung wieder Fahrt auf. Ein Sondervermögen für die Bundeswehr jagt das nächste, während Investitionen in Gesundheit, Bildung und Kultur auf der Strecke bleiben. Statt langfristig auf friedenssichernde Maßnahmen und zivile Konfliktlösung zu setzen, wird wieder einmal über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht debattiert.

Seit 2014 ist Karlsruhe Teil des Bündnisses „Mayors for Peace“ und vor diesem Hintergrund umso mehr verpflichtet, eine klare Haltung für den Frieden einzunehmen. Die Stadtverwaltung sollte ihrer Rolle als Vorbild – insbesondere für die junge Generation – gerecht werden und sich nicht an der Verharmlosung von Krieg und der Beschönigung von Gewalt beteiligen. Die immer stärker werdende Kriegsrhetorik vergiftet die gesellschaftliche Stimmung, und durch Werbung auf öffentlichen Flächen wird vor allem gegenüber jungen Menschen ein subtiler Druck aufgebaut, sich für den Wehrdienst zu entscheiden. Krieg wird dabei oft als Abenteuer oder als technisierte Herausforderung inszeniert – eine Darstellung, die der brutalen Realität von bewaffneten Konflikten nicht gerecht wird.

Die Stadt Karlsruhe sollte sich ihrer Verantwortung bewusst sein – sowohl gegenüber jungen Menschen, die die Gefahren einer militärischen Laufbahn oft nur schwer abschätzen können, als auch gegenüber allen Bürger*innen, die auf eine Friedenspolitik und zivile Konfliktlösung hoffen. Die öffentliche Präsenz von Militärwerbung konterkariert diesen Anspruch.

Angesichts der fortschreitenden Militarisierung unserer Gesellschaft sollte die Stadt Karlsruhe ein klares Zeichen setzen und sich der herrschenden Kriegsrhetorik verweigern. Das bedeutet konkret, städtische Räume, Fahrzeuge, Veranstaltungen und Einrichtungen nicht zur Werbefläche für Bundeswehr, Kriegsdienst oder Rüstungsunternehmen zu machen. Dies wäre ein konsequenter Schritt in der Friedensverpflichtung der Stadt und ein starkes Signal gegen die Normalisierung militärischer Narrative im öffentlichen Raum.

Unterzeichnet von:

Tanja Kaufmann

Anne Berghoff

Franziska Buresch